

ANTRAG

Antragsteller*in: Moritz Angstwurm (Landesvorstand JBN)

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

A2019/1/5: Positionspapier Europawahl

Antragstext

1 Am 26. Mai 2019 findet eine sowohl für die Zukunft der Europäischen Union als
2 auch für die soziale und ökologische Weiterentwicklung Europas entscheidende
3 Europawahl statt. Jetzt ist die Zeit, gerade für junge Menschen in Europa die
4 Weichen zu stellen: Besonders in Anbetracht dessen, dass die Macht der
5 europaskeptischen und fortschrittsfeindlichen Parteien bereits wächst, ist es um
6 so wichtiger, dass wir uns klar für Europa und gegen populistische Positionen
7 stellen.

8 Die Wahl am 26. Mai ist aber nicht nur richtungsweisend für den Umgang der EU
9 mit populistischen und nationalistischen Tendenzen sondern auch für den Umgang
10 mit dem EU-weiten demografischen Wandel, der eine der größten Herausforderungen
11 der nächsten Jahre darstellen wird. Die Bevölkerung in Europa wird immer älter,
12 und eine immer ältere Bevölkerung muss von weniger jüngeren getragen werden.[\[1\]](#)
13 Gerade deshalb sollte vor allem die junge Bevölkerung zum Wählen gehen um die
14 Zukunft Europas mitzugestalten und nicht diejenigen über die Zukunft entscheiden
15 zu lassen die nicht selbst in dieser Zukunft leben müssen.

16 Um die Zukunft von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einem
17 weiterhin lebenswerten Europa zu garantieren, ist es für die Jugendorganisation
18 BUND Naturschutz selbstverständlich, eine aktive Wählerschaft zu unterstützen.
19 Wir fordern dementsprechend, dass das Europäische Parlament, die Europäische
20 Kommission sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten folgende Schlüsselthemen in
21 der kommenden Legislaturperiode vorrangig behandeln:[\[2\]](#)

22 **1. Fortschrittlicher Klimaschutz** – Europa muss sich dafür einsetzen, dass die im
23 Pariser Klimaabkommen festgeschriebene Maßnahmen vollständig umgesetzt werden.
24 Zusätzlich sollte sich die EU aber auch als Vorreiterin beim weltweiten
25 Klimaschutz hervortun und selbstständig eine weitgreifende Klimapolitik
26 anstreben. Zu solch einer Politik gehört neben der generellen Einsparung von
27 Energie und Ressourcen auch der rasche Ausstieg aus fossilen Brennstoffen jeder
28 Art.

29 **2. Nachhaltigkeit** – Die EU muss sich ihrer Verantwortung für die Welt und Europa
30 gewahr werden und feste Regeln und Normen einführen, um die natürlichen
31 Ressourcen für alle Menschen auch in Zukunft zu bewahren und somit eine globale
32 Vorbildfunktion einzunehmen. Um die Ausbeutung von Ressourcen in Europa wirksam

33 zu begrenzen, muss der Ressourcenverbrauch radikal verringert werden. Es sollte
34 darauf hingearbeitet werden, den Verbrauch von natürlichen Ressourcen an die
35 Regenerationsfähigkeit der Natur anzupassen. Auch sollte europaweit das Thema
36 nachhaltige Entwicklung einen größeren Stellenwert innerhalb der Bildung
37 einnehmen. All diese Maßnahmen sollten sich an den so genannten „Sustainable
38 Development Goals“ („SDG“) der UN orientieren, die 17 Ziele für eine
39 Nachhaltigen Entwicklung darstellen.

40 **3. Europäische Agrarpolitik** – Um gesündere Lebensmittel sowie einen fairen
41 Marktpreis für ökologisch wirtschaftende und Kleinbäuerinnen und -Bauern zu
42 garantieren, ist eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nötig. Der
43 Wandel hin zu ökologisch und kleinbäuerlich bewirtschafteter Landwirtschaft ist
44 auch eine wichtige Stellschraube bei der Bekämpfung des Klimawandels. Auch
45 sollte unsere bereits durch die Jugendvollversammlung legitimierte Position zum
46 Thema Wasser auf Europa Ebene als Maßstab dienen um einen guten Umgang mit der
47 Ressource Wasser zu garantieren.

48 **4. Gleichheit und Menschenrechte** – Jeder Mensch hat die gleichen Rechte und
49 Chancen. Das sollte unabhängig davon sein, ob er oder sie innerhalb oder
50 außerhalb Europas lebt. Dafür muss sich Europa einsetzen. Besonders muss sich
51 die EU dafür einsetzen, dass alle Einwohner*innen Europas im Einklang mit der
52 internationalen Menschenrechtskonvention den gleichen Schutz genießen und gemäß
53 der Grundfesten der Selbstbestimmung und der Menschenwürde ihre Grundrechte
54 ausüben und leben können. Die EU muss ihre Maßnahmen zur
55 Geschlechtergleichstellung verbessern und Diskriminierungsfreiheit sowie
56 Chancengleichheit garantieren.

57 **5. Fairer Welthandel** – Durch die Vergabe von Subventionen kann die EU sich dafür
58 einsetzen eine von Diskriminierung und Ausbeutung freie Welt zu schaffen.
59 Deshalb muss sich Europa für einen fairen Handel einsetzen. Dazu gehört neben
60 der Achtung von sozialen und ökologischen Grundsätzen auch die Garantie
61 gesundheitlicher und sozialer Absicherung. Handels- und Investitionsabkommen
62 sind eine Möglichkeit für die EU, Fairen Handel weltweit zu etablieren und
63 sollten nicht - wie es derzeit häufig passiert - ein Werkzeug im alleinigen
64 Interesse multinationaler Konzerne sein.

65 **6. Europäische Investitionen in der Welt** – Alle Subventionen der EU in der Welt
66 sollten mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals)
67 vereinbar sein. Sie sollten dementsprechend so unstrukturiert werden, dass
68 Nachhaltigkeit, die Bekämpfung von Armut und der Zugang zu Grundrechten weltweit
69 verwirklicht werden können. Europäische Unternehmen mit Produktionsstätten im
70 globalen Süden sollten deshalb auch verpflichtet werden, sich an europäische
71 Arbeits- und Sozialgesetze zu halten.

72 **7. Reaktion auf Migrationsbewegungen** – Bei der Europäischen Migrationspolitik
73 sollte sich darauf verständigt werden, eine menschenwürdige Aufnahme der
74 Geflüchteten zu garantieren. Zusätzlich sollte man sich dafür einsetzen, dass
75 sichere Fluchtrouten geschaffen werden, damit das Sterben im Mittelmeer vor den
76 Grenzen Europas ein Ende hat. Auch müssen aktiv Fluchtursachen bekämpft werden.
77 Zu den Fluchtursachen zählt neben Krieg und Armut vor allem auch der

78 Klimawandel.

79 **8. Absenkung des Wahlalters** – Die Jugend in Europa ist so politisch aktiv wie
80 noch nie zuvor. Sie übernimmt Verantwortung und würde sich auch gerne in die
81 aktive Politik einbringen. Themen die vor allem junge Menschen bewegen werden
82 derzeit häufig ignoriert. Deshalb fordern wir das europaweit das Wahlalter auf
83 16 Jahre hinabgesetzt wird, damit auch die jüngere Bevölkerung Einfluss auf die
84 politischen Entscheidungsprozesse nehmen kann.

85 **9. Europäische Bürgerschaft stärken** – Eine aktive Zivilgesellschaft der
86 Europäischen Union sowie die aktive Beteiligung und Mitbestimmung an politischen
87 Entscheidungen muss priorisiert werden. Auch sollten Maßnahmen ergriffen werden,
88 um das Interesse der Bürger*innen an europäischer Politik zu steigern und
89 Möglichkeiten geboten werden, um sich selbstständig in diesem Bereich
90 fortzubilden.

91 **10. Europäische Zusammenarbeit festigen** – Die Europäische Union ist eines der
92 größten Friedensprojekte der Welt und sollte sich darum bemühen, nicht durch
93 einzelne politisch extreme Positionen gefährdet zu werden. Gerade Demokratie und
94 Sozialstaatlichkeit müssen in allen Ländern Europas garantiert sein. Die EU kann
95 auf der internationalen Bühne viel bewegen, wenn sie gemeinschaftlich auftritt.
96 Nationalismus und Kleinstaaterei schwächen hingegen diese starke Position. Um
97 die zuvor genannten Ziele zu verwirklichen, sollte Europa gemeinsam die
98 wichtigen Themen der Zukunft angehen.

99 [\[1\]http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/196906/europas-](http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/196906/europas-demografische-zukunft)
100 [demografische-zukunft](http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/196906/europas-demografische-zukunft) (abgerufen am 05.03.2019)

101 [\[2\]](#) In Anlehnung an die Schlüsselthemen von SDG Watch Europe